

Antrag

der Abgeordneten Mag. Georg Ecker MA, Dr.ⁱⁿ Helga Krismer-Huber und Mag.^a Silvia Moser MSc, Dominic Hörlezeder

betreffend **Ja zu fairem Handel – Nein zum Handelsabkommen Mercosur, das unserem Klima und unserer heimischen Landwirtschaft massiven Schaden zufügen wird**

Das zwischen der EU und dem südamerikanischen Staatenbund verhandelte Freihandelsabkommen wurde bisher nicht beschlossen. Mit dem Abschluss würden Zölle zwischen EU-Ländern und Argentinien, Paraguay, Brasilien und Uruguay fallen.

Mit den Zöllen geraten aber auch die schwer erkämpften EU-Standards für Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit in Gefahr. Zusätzliche Vereinbarungen im Rahmen des Mercosur-Abkommens können die gravierenden Mängel bei Klima- und Umweltschutz sowie Menschenrechten nicht beheben.

Gerade im landwirtschaftlichen Sektor produzieren Mercosur-Staaten im großen Stil, österreichische Betriebe können hier nicht mithalten. Billige Importe beispielsweise bei Rindfleisch und Huhn würden in Konkurrenz treten mit auf hohen Standards produzierten heimischen Lebensmitteln und diese verdrängen. Für Konsument:innen würde das höchste Unsicherheit betreffend Lebensmittelherkunft, Erzeugung und Arbeitsbedingungen der in der Produktion beschäftigten Menschen bedeuten.

Darüber hinaus gehört das Mercosur-Abkommen zu den Klimakillern. Eine Ausweitung der südamerikanischen Exporte nach Europa bedeutet nicht zuletzt auch den ansteigenden Bedarf an Acker- und Weideflächen und daher zunehmende Rodungen des tropischen Regenwaldes, eines der bedeutendsten CO₂-Speicher weltweit. Da Klimaschutz global gedacht werden muss, konterkariert beispielsweise der durch Mercosur erleichterte Export von Verbrennungsmotoren nach Südamerika die Bestrebungen der Europäischen Union für deren Aus bis 2035.

Daher stellen die gefertigten Abgeordneten folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der NÖ Landtag spricht sich klar gegen das Freihandelsabkommen Mercosur aus.

2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, sich gemeinsam mit der Bundesregierung bei der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass das Freihandelsabkommen Mercosur nicht beschlossen wird und somit die EU-Standards

bei der Lebensmittelproduktion, bei Menschenrechten und im Klimaschutz erhalten bleiben.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem EUROPA-AUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.